

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.07.2022
Antragsnr.: 137/2022
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 27.07.2020

**zu Schreiben v. 30.6. gegen Bürgerentscheid 365€-Ticket in Nürnberg
Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat Juli 2020**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Am 30.6. unterzeichneten auch Sie ein Schreiben des bayerischen Landkreistages an den Nürnberger Oberbürgermeister. In dem Schreiben geht es um die Entscheidung zur Zulässigkeit des zweiten Bürgerbegehrens für ein 365 Euro Ticket. In kaum verhüllter Form fordert das Schreiben dazu auf, das Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären.

Es wird eingeräumt, dass Nürnberg auf eigene Kosten so ein Ticket einführen dürfe, aber man sei dagegen, sinngemäß, weil es nichts bringe. Das ist ein legitimes politisches Argument, aber kein Argument gegen die Zulässigkeit.

Weiter heißt es, die allgemeinen Preiserhöhungen seien fest zugesagt, und das könne in Nürnberg daher auch durch einen Bürgerentscheid nicht aufgehoben werden. Wir stellen in Frage, dass ein solcher „Vertrag zur Absicherung gegen den Bürgerwillen“ rechtlich, politisch und moralisch überhaupt Bestand haben kann.

Uns ist nicht bekannt, dass die Mitglieder des Stadtrats über die geplante Unterschrift informiert oder gar gefragt wurden.

Wir stellen deshalb den Antrag und bitten um getrennte Abstimmung:

1. Der Stadtrat erklärt, dieses Schreiben nicht beschlossen oder gebilligt zu haben.
2. Der Stadtrat wünscht beteiligt zu werden, bevor Vertreterinnen* der Stadt solch grundsätzliche Stellungnahmen abgeben.
3. Der Stadtrat hält es für problematisch, die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens aus politischen Gründen abzulehnen.
4. In dem Brief wird eingeräumt, dass das 365- Euro Ticket an sich zulässig wäre. Daher hält es der Stadtrat für problematisch, dennoch die Ablehnung der Zulässigkeit auch dieser Forderung des Bürgerentscheides zu empfehlen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die nächste Stadtratssitzung ist erst in 2 Monaten. Der Eindruck, den die Nürnberger Entscheidung hinterlassen hat, ist katastrophal und riskiert Demokratieverdrossenheit und das Gefühl „die da oben“ würden sowieso machen, was sie wollen. Der Ruf des Erlanger Stadtrates steht auf dem Spiel, wenn er nicht klar macht, dass er an diesem Brief zumindest unbeteiligt war.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)